

Die Junge Union fordert: Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, die Gleichstellungsbeauftragten in nordrhein-westfälischen Kommunen und Behörden abzuschaffen.

In der Koalitionsvereinigung von CDU und FDP vom 20. Juni 2005 heißt es wörtlich:

„Das von der bisherigen Landesregierung geschaffene ausufernde Beauftragtenwesen werden wir zurückführen. Die entsprechenden Aufgaben sind von den zuständigen Behörden wahrzunehmen. Eine effiziente Verwaltung braucht nicht für jedes Problem noch zusätzlich „Beauftragte“ wie z. B.

- *Geheimschutzbeauftragte*
- *Gesundheitsministerkonferenz-Beauftragte*
- *Ausbildungsbeauftragte*
- *Eine-Welt-Beauftragte*
- *Rußland-Beauftragte*
- *Benelux-Beauftragte*
- *Sokrates-Beauftragte*
- *Knowledge-Beauftragte*
- *Beauftragte für die Reform des öffentlichen Dienstes*
- *Beauftragte für die Medienausbildung an den Hochschulen.*

Die Kommunen sollen vor Ort selbst entscheiden, ob und für welche Aufgaben sie eigens Beauftragte benennen.“

Für die Junge Union ist nicht ersichtlich, warum die Gleichstellungsbeauftragten von der Rückführung des Beauftragtenwesens ausgenommen werden sollen und warum nicht auch hier die Kommunen selbst entscheiden sollen, ob sie eine solche Beauftragte bestellen.